



Blick vom Dach des 16-stöckigen Mehrfamilienhauses in der Stadt Pripyat im Hintergrund das Kernkraftwerk.
(© Depositphotos | fotokon)

15.04.2016: 30 Jahre Tschernobyl: Kein Ende in Sicht

30 Jahre nach Beginn der bisher größten Atomkatastrophe im ukrainischen Tschernobyl geht von dem havarierten Reaktor noch immer eine Gefahr für die Bevölkerung aus. Die Bewältigung der desaströsen Folgen steht weiter ganz am Anfang.

Rund fünf Millionen Menschen müssen in den betroffenen Gebieten der Ukraine, Weißrusslands und Russlands auf radioaktiv verseuchtem Boden leben. Diese Schlüsse zieht ein aktueller Statusreport der Physikerin Oda Becker im Auftrag von Greenpeace. „Die Tschernobyl-Katastrophe zu bewältigen, ist Sisyphos-Arbeit. Sie muss geleistet werden, aber sie wird Hunderte von Jahren dauern - falls sie überhaupt jemals gelingt“, sagt Tobias Münchmeyer, Atom-Experte von Greenpeace. „Derzeit existiert weder die erforderliche Technik noch ist die Finanzierung gesichert. Die internationale Staatengemeinschaft trägt eine große Verantwortung.“

Am 26. April 1986 explodierte nach einem Bedienfehler Reaktor 4 des AKW Tschernobyl. Die enorme radioaktive Freisetzung verseuchte weite Teile Europas. Tausende Menschen starben vor Ort und in den verstrahlten Gebieten. Der neue „Sarkophag“ der Atomruine, der dreimal so groß ist wie die Hamburger Bahnhofshalle, wird frühestens Ende 2017 fertiggestellt und soll über die bisherige Schutzhülle geschoben werden. Die Kosten für den so genannten Shelter Implementation Plan (SIP) haben sich inzwischen vervielfacht und liegen bei rund 2,15 Milliarden Euro. Das Projekt hat sich um zwölf Jahre verzögert.

Ukraine mit den Folgen nicht allein lassen

440.000 Kubikmeter langlebiger Atomabfälle liegen unter dem alten „Sarkophag“. Das entspricht dem

fünfzehnfachen Volumen der gesamten hochradioaktiven Abfälle deutscher Atomkraftwerke. Für die Bergung der Abfälle fehlen bislang nicht nur die technischen Konzepte – vollkommen unklar ist auch, wer die enormen Kosten für diese Arbeiten übernehmen soll. Experten der ukrainischen Regierung gehen von Kosten in Höhe von „mehreren zehn Milliarden Dollar“ aus. Die Studie stellt fest, Anlagen für die Behandlung und Lagerung der unfallbedingten radioaktiven Stoffe stehen weiter aus. Inzwischen wird sogar deutlich, dass an einer langfristigen Lösung fast gar nicht gearbeitet wird. Selbst das Pilotprojekt für einen Test zur Bergung der radioaktiven Materialien wurde eingestellt. Zu befürchten ist, dass die Ukraine nach Abschluss des SIP mit diesem Problem mehr oder weniger alleine dasteht. Von einer Überführung in ein ökologisch sicheres System ist der havarierte Reaktor nach wie vor weit entfernt.

Heute (und für viele Jahrhunderte) gibt es in der hoch kontaminierten „Verbotenen Zone“ viele offene Quellen für die Ausbreitung der Radionuklide. Die Auswirkungen der permanent erhöhten Radioaktivität auf das Ökosystem sind nicht ausreichend geklärt. Laut einer Studie aus dem Jahr 2012 sind nach atomaren Katastrophen die Langzeitschäden der betroffenen Ökosysteme größer als angenommen. Selbst geringe Strahlendosen können Pflanzen und Tiere schädigen. Die Ukraine versucht dessen ungeachtet, aus dem Unfall Gewinne zu schlagen, indem sie die „Verbotene Zone“ touristisch erschließt.

Quelle: www.faz.net